

"Eine offensive Informationspolitik sowie der Abbau von administrativen Hürden wäre zentral"

Autor(en): **Hochuli, Marianne / Hess, Ingrid**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO**

Band (Jahr): **119 (2022)**

Heft 1

PDF erstellt am: **05.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-981297>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

«Eine offensive Informationspolitik sowie der Abbau von administrativen Hürden wäre zentral»

NACHGEFRAGT Statt Sozialhilfe zu beantragen, wenden sich Personen in Notlagen häufig an private Hilfsorganisationen. Die Corona-Krise hat diese Entwicklung verstärkt. Es braucht deshalb eine offensive Informationspolitik der Kantone und Gemeinden sowie den Abbau von administrativen Hürden, um den Zugang zu Unterstützung zu erleichtern, wie Marianne Hochuli von Caritas Schweiz sagt.

ZESO: Caritas hat immer wieder darauf aufmerksam gemacht, dass sich viele Menschen an Caritas wenden, weil sie keine Sozialhilfe erhalten können oder wollen. Hat sich die Situation während Corona verschärft?

Marianne Hochuli: Caritas macht seit Jahren die Erfahrung, dass immer mehr Menschen, die eigentlich das Recht auf staatliche Unterstützung hätten, stattdessen Caritas um Hilfe ersuchen. Die Corona-Krise hat einerseits die schon vorher existierenden prekären Situationen sichtbar gemacht und andererseits die Notlagen vieler Menschen auch massiv verschärft. Viele Menschen, die vorher schlecht und recht ihre Existenz bestreiten konnten, verloren ihre Arbeit ganz oder teilweise und konnten ihre laufenden Rechnungen – beispielsweise die Miete – nicht mehr bezahlen. Ein Teil von ihnen konnte Caritas an staatliche Stellen weitervermitteln. Andere unterstützte sie mit Überbrückungshilfen. Solche auszus zahlen, war möglich aufgrund einer ausserordentlichen Sammlung der Glückskette und von Spenden für Menschen in Notsituationen.

Wissen Sie, wie viele Unterstützungssuchende von Ihnen eigentlich Anspruch auf Sozialhilfe hätten?

Dies unterscheidet sich von Kanton zu Kanton. Je nach dem Gesamtangebot unterscheidet sich auch die Zusammensetzung der Unterstützungssuchenden bei Caritas. Im Mittel dürfte es etwa jede vierte Person sein.

Warum wenden die Betroffenen sich Ihrer Erfahrung nach an Caritas und nicht an den Sozialdienst?

Caritas ist in 16 Kantonen mit ganz unterschiedlichen Aktivitäten für benachteiligte Menschen tätig und sichtbar. In die sehr niederschweligen Sozial- und Schuldenberatungen beispielsweise tragen die Menschen ihre Sorgen und Notlagen hinein. Ein Gespräch kann mit den Schulproblemen der Kinder beginnen und allmählich auch noch ganz andere Themenkreise

zutage bringen. Von jenen, die sich an Caritas gewandt haben, höre ich mehrheitlich, dass sie sich angehört und ernst genommen fühlten. Eine Studie zur öffentlichen und zur privaten Sozialhilfe, die Caritas zusammen mit dem Schweizerischen Roten Kreuz und der Heilsarmee im Jahr 2016 publiziert hat, kommt zu dem Schluss, dass bei den öffentlichen Sozialdiensten gerade diese persönliche Hilfe, also die Beratung und Begleitung, oft zu kurz kommt.

Wer sind die Menschen, die sich an Caritas wenden statt an den Sozialdienst? Nur Menschen mit unsicherem Aufenthaltsrecht, die Angst vor Wegweisung haben?

Es sind bei Weitem nicht nur Migrantinnen und Migranten. Aber tatsächlich steigt deren Anzahl seit dem Inkrafttreten des verschärften Ausländer- und Integrationsgesetzes an. Sie verzichten aus Angst vor dem Verlust ihres Aufenthaltsstatus darauf, Sozialhilfe zu beziehen. Oder sie wollen die Zukunft ihrer Kinder durch eine Herabstufung der Niederlassungsbewilligung oder eine Erschwerung einer bevorstehenden Einbürgerung nicht gefährden. Zu Caritas kommen aber auch Schweizer Familien, Alleinerziehende, Working Poor, also Menschen, die arbeiten, deren Einkommen aber kaum zur Existenzsicherung reicht und die sich bereits verschuldet haben.

Welche Arten von Hilfe erhalten die Betroffenen?

Caritas analysiert mit den Menschen ihre Situation, klärt mögliche Ansprüche gegenüber Sozialversicherungen und der Sozialhilfe ab, vermittelt bei Problemen mit Ämtern und Behörden und informiert über Unterstützungsangebote anderer Institutionen. Die Vernetzung mit anderen Institutionen ist darum zentral. Wir überbrücken auch Notsituationen finanziell und bieten etwa mit der Kulturlegi die Möglichkeit, dass Menschen mit niedrigem Einkommen am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können. Diese Woche nahm ich am Stadtpaziergang



«Wir müssen darum gegenüber der Politik mit aller Deutlichkeit aufzeigen, dass eine Armutssituation wenig mit Selbstverschulden, aber umso mehr mit strukturellen Veränderungen zu tun hat», sagt Marianne Hochuli, Leiterin Grundlagen, Caritas Schweiz. FOTO: ZVG

«Luzern abseits» teil, der die Lebensrealitäten von sozial Benachteiligten beleuchtet. Der Stadtführer, der eine schwierige Vergangenheit hinter sich hatte, zeigte mir stolz die Kulturlegi, die ihm sogar den Besuch von Konzerten ermöglichen würde.

Welche Anforderungen werden gestellt, und werden zuerst Verhältnisse geprüft?

Die Kulturlegi oder Einkaufsvergünstigungen im Caritas-Markt erhalten beispielsweise Leute, die bereits eine Unterstützungsleistung wie Sozialhilfe oder Ergänzungsleistungen beziehen oder mit der letzten Steuererklärung ein niedriges Einkommen aufweisen. Die Berechtigung wird jährlich überprüft.

Welche Massnahme wäre für Sie zentral, damit der Nichtbezug von Sozialhilfe abnimmt?

Eine zentrale Massnahme wäre eine sehr offensive Informationspolitik der Kantone und Gemeinden oder der Abbau von administrativen Hürden. Viele Armutsbetroffene wissen kaum um ihre Rechte und die damit verbundenen Möglichkeiten ge-

«Von jenen, die sich an Caritas gewandt haben, höre ich mehrheitlich, dass sie sich angehört und ernst genommen fühlten.»

schweige denn, wie sie all die administrativen Hürden bei der Anmeldung zur Sozialhilfe überwinden können. Beim Anblick eines fast zehneitigen Formulars, meist nur in einer Landessprache, wird selbst mir, deren tägliche Arbeit zum grossen Teil aus Lesen und Schreiben besteht, etwas flau. Der Gang zum Sozialamt ist ausserdem für viele mit Scham behaftet. Wir müssen darum gegenüber der Politik mit aller Deutlichkeit aufzeigen, dass eine Armutssituation wenig mit Selbstverschulden, aber umso mehr mit strukturellen Veränderungen zu tun hat. Beispielsweise im Arbeitsmarkt. Und zuletzt: Die Koppelung von Ausländerrecht und Sozialhilfebezug ist verheerend. Menschen, die jahrelang in der Schweiz gearbeitet haben, gehen aus Angst nicht zur Sozialhilfe. Dies schafft unnötig prekäre Situationen, nimmt den Menschen jegliche Perspektive und wirkt zersetzend für die ganze Gesellschaft. Darum gehört die Verknüpfung von Ausländerstatus und sozialen Rechten abgeschafft. ■

Das Gespräch führte
Ingrid Hess